



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 74.102/1/V
vom 25. August 2023

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19‘

Am 13. Juli 2023 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen der Deutschsprachigen Regierung darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der ersten Ferienkammer am 17. August 2023 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Jeroen VAN NIEUWENHOVE, Kammerpräsident, Kaat LEUS und Koen MUYLLE, Staatsräte, Michel TISON, Beisitzer, und Annemie GOOSSENS, Greffier.

Der Bericht wurde von Tim CORTHAUT, Erster Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 25. August 2023 abgegeben.

*

1. Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage¹ sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*

TRAGWEITE DES VORENTWURFS UND DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

2. Der zur Begutachtung vorgelegte Dekretvorentwurf zielt darauf ab, dem Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission ‚zur Abänderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19‘ (nachstehend: das Abänderungszusammenarbeitsabkommen) zuzustimmen.

Das Abänderungszusammenarbeitsabkommen ist eine überarbeitete Fassung des Zusammenarbeitsabkommens, über das der Staatsrat eher das Gutachten 73.043/VR² abgegeben hat. Das Abänderungszusammenarbeitsabkommen ist diesem Gutachten und dem inzwischen eingeholten Gutachten Nr. 75/2023 der Datenschutzbehörde vom 30. März 2023 angepasst worden. Diese Anpassungen zielen darauf ab, die Datenverarbeitung auf das, was für die Zwecke des Zusammenarbeitsabkommens erforderlich ist, weiter einzuschränken.

Das Abänderungszusammenarbeitsabkommen schafft eine Rechtsgrundlage für die Registrierung der im Ausland verabreichten Impfungen belgischer Einwohner in Vaccinnet+ und legt die diesbezüglichen Bedingungen fest. So kann die Registrierung erst nach der Zustimmung der betreffenden Person erfolgen und muss die betreffende Person, die ihre Impfung im Ausland in Vaccinnet+ registriert lassen möchte, diese Impfung anhand eines digitalen EU-COVID-Zertifikats oder einer belgischen digitalen Abschrift einer ausländischen Impfbescheinigung nachweisen. Zudem wird im Abänderungszusammenarbeitsabkommen eine für die Flämische Gemeinschaft spezifische Rechtsgrundlage vorgesehen, um aufgrund der Daten der Vaccination Codes Database oder von Vaccinnet+ eine anonyme Durchimpfungsrate von ‚Bevölkerungsgruppen‘ anhand der in Artikel 3 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat,

¹ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

² Gutachten 73.043/VR vom 30. März 2023 über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van (datum) tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie strekkende tot wijziging van het Samenwerkingsakkoord van 12 maart 2021 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie betreffende de verwerking van gegevens met betrekking tot vaccinaties tegen COVID-19‘.

der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission ‚über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19‘ erwähnten Daten zu berechnen.

Artikel 1 des Abänderungszusammenarbeitsabkommens ändert die Begriffsbestimmungen in Artikel 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 ab. Dabei wird u.a. der Begriff „Pflegeanbieter“ durch den Begriff „Fachkräfte der Gesundheitspflege“ ersetzt, was zu Anpassungen im gesamten Zusammenarbeitsabkommen führt (Artikel 2). Artikel 3 zielt darauf ab, Artikel 2 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 hinsichtlich der Registrierung der Impfungen in Vaccinnet+ abzuändern und fügt einen neuen Paragraphen 3 über die Registrierung der Impfungen im Ausland hinzu. Artikel 4 ändert in Artikel 3 § 2 den Namen der Datenbank zu Vaccinnet+. Artikel 5 ergänzt für Vaccinnet+ die in Artikel 4 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 erwähnten Verarbeitungszwecke in Bezug auf die Ermittlung der anonymen Durchimpfungsrate durch die Flämische Gemeinschaft (Paragraph 1), und ermöglicht durch die Einfügung eines neuen Paragraphen 2/1 die Verknüpfung mit anderen Datenbanken über die eHealth-Plattform (Paragraph 2). Artikel 6 präzisiert in Artikel 7 § 1 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021, dass die in dieser Bestimmung erwähnten Personen, die in den Zuständigkeitsbereich der Französischen Gemeinschaft fallen, Minderjährige sind, die im französischen Sprachgebiet wohnen. Artikel 7 ersetzt in Artikel 10 Absatz 1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 das Wort „Vaccinnet“ durch das Wort „Vaccinnet+“. In Artikel 8 wird das Inkrafttreten am Tag, an dem die letzte Zustimmungsurkunde im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wird, festgelegt.

ZUSTÄNDIGKEIT

3. Die Parteien des Abänderungszusammenarbeitsabkommens sind dieselbe Parteien wie diejenigen des abzuändernden Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021. In den Gutachten 68.832/VR, 68.835/VR, 68.836/VR, 68.837/VR, 68.839/VR, 68.840/VR und 68.844/VR vom 18. Februar 2021 über die Vorentwürfe von Zustimmungstexten zu dem Zusammenarbeitsabkommen vom 12. März 2021 wurde über die Zuständigkeit der Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens Folgendes bemerkt:

„4. Die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission können für den Abschluss dieses Zusammenarbeitsabkommens hauptsächlich auf ihrer Zuständigkeit oder auf der von ihnen ausgeübten Zuständigkeit³ im Bereich der präventiven Gesundheitspflege beruhen⁴.

³ Fußnote Nr. 3 aus dem zitierten Gutachten: In Ausführung von Artikel 138 der Verfassung, durch das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014, das Dekret der Französischen Gemeinschaftskommission vom 4. April 2014 und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘.

⁴ Fußnote Nr. 4 aus dem zitierten Gutachten: Artikel 5 § 1 Buchstabe I Absatz 1 Nr. 8 des Sondergesetzes vom 8. August 1980.

Ihrerseits ist die Föderalbehörde ebenfalls befugt, dieses Zusammenarbeitsabkommen zu schließen, u.a. aufgrund ihrer Restbefugnis in Sachen Volksgesundheit, ihrer vorbehaltenen Zuständigkeit im Bereich der Kranken- und Invalidenversicherung⁵ und ihrer Zuständigkeit für die wissenschaftliche Forschung⁶.

5. Artikel 2 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens bestimmt, dass die verabreichten Impfungen gegen COVID-19 in die Datenbank ‚Vaccinnet‘ registriert werden⁷. Diese Datenbank ist durch die Flämische Gemeinschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit im Bereich der präventiven Gesundheitspflege zur Registrierung der in der Flämischen Gemeinschaft verabreichten Impfungen errichtet worden⁸.

Aus Artikel 2 § 2 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens ergibt sich, dass die Verwendung dieser Datenbank für COVID-19-Impfstoffe ‚unter Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens‘ erfolgt. So regeln die Artikel 3 § 2, 4 § 2 und 6 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens die Kategorien personenbezogener Daten, die in die Datenbank registriert werden, die Verarbeitungszwecke und die maximale Aufbewahrungsfrist dieser Daten.

Daraus ergibt sich, dass die Flämische Gemeinschaft die von ihr geschaffene Datenbank, insbesondere was die Impfungen gegen COVID-19 betrifft, zur Verfügung der anderen Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens gemäß den in diesem Zusammenarbeitsabkommen festgelegten Regeln stellt. Die anderen Behörden oder den diesen Behörden untergeordneten Personen oder Einrichtungen auferlegte Verpflichtung, diese Datenbank zu benutzen, ergibt sich nicht aus der Regelung der Flämischen Gemeinschaft, sondern nur aus diesem Zusammenarbeitsabkommen selbst.

Hinsichtlich einer solchen Arbeitsweise gibt es keine zuständigkeitsrechtlichen Einwände, aber nur wenn mögliche spätere Abänderungen der Regelung der Flämischen Gemeinschaft bezüglich dieser Datenbank, sowohl was deren allgemeine Einrichtung als auch die spezifische Wirkung in Bezug auf Impfungen gegen COVID-19 betrifft⁹, keine Folge für die anderen Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens haben können.

6. In Artikel 10 des Zusammenarbeitsabkommens wird für die ‚zuständigen föderierten Teilgebiete‘ die Möglichkeit vorgesehen, im gegenseitigen Einvernehmen die Registrierung der Impfungen in eine andere gemeinsame Datenbank als Vaccinnet verbindlich vorzuschreiben. In diesem Fall werden die in Vaccinnet vorhandenen Daten in diese andere Datenbank migriert, die gegebenenfalls von einer anderen Einrichtung verwaltet wird, ‚sofern sie mit den Artikeln des vorliegenden Abkommens übereinstimmt‘.

Auf die Frage, warum die Föderalbehörde nicht in diese Entscheidung einbezogen wird, antworteten die Beauftragten, dass ‚[d]eze beslissing (...) in voorkomend geval inderdaad tot de bevoegdheid van de gefedereerde entiteiten [behoort]‘.

⁵ Fußnote Nr. 5 aus dem zitierten Gutachten: Artikel 5 § 1 Buchstabe I Absatz 2 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980.

⁶ Fußnote Nr. 6 aus dem zitierten Gutachten: Artikel 6bis §§ 2 und 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980.

⁷ Fußnote Nr. 7 aus dem zitierten Gutachten: Siehe <http://www.vaccinnet.be>.

⁸ Fußnote Nr. 8 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 43 § 3 des Dekrets der Flämischen Gemeinschaft vom 21. November 2003 ‚betreffende het preventieve gezondheidsbeleid‘, sowie Artikel 9 des Erlasses der Flämischen Regierung vom 16. Mai 2014 ‚houdende diverse bepalingen ter uitvoering van het decreet van 21 november 2003 betreffende het preventieve gezondheidsbeleid en tot wijziging van uitvoeringsbesluiten van dit decreet‘.

⁹ Fußnote Nr. 9 aus dem zitierten Gutachten: Zwar muss eine solche Regelung im Einklang mit dem, was in diesem Zusammenarbeitsabkommen bestimmt wird, stehen.

Mit dieser Auffassung kann man nicht einverstanden sein. Da mindestens gewisse dieser Verarbeitungszwecke sich auf Zuständigkeiten der Föderalbehörde in Sachen u.a. Arzneimittel¹⁰ und wissenschaftliche Forschung¹¹ beziehen, kann die Föderalbehörde nicht von der Entscheidung über die Migration in eine andere Datenbank ausgeschlossen werden. Darüber hinaus wird die Datenbank Vaccinnet auch mit Daten von föderalen Einrichtungen¹² befüllt und wird Sciensano als Verantwortliche für die Verarbeitung ‚für Personen, die in den Zuständigkeitsbereich der Föderalbehörde fallen‘ bestimmt¹³. Daraus ist zu schlussfolgern, dass die Föderalbehörde auch in die Entscheidung über die Migration in eine andere Datenbank einzubeziehen ist“.

4. Die Änderungen, die durch das vorliegende Abänderungszusammenarbeitsabkommen vorgenommen werden, führen nicht zu einer anderen Meinung bezüglich der Zuständigkeit der betreffenden Parteien.

Die Tatsache, dass mit dem Abänderungszusammenarbeitsabkommen ein spezifisch für die Flämische Gemeinschaft neues Verarbeitungszweck vorgesehen wird, nämlich die Ermittlung der anonymen Durchimpfungsrate von Bevölkerungsgruppen hinsichtlich der Impfung gegen COVID-19, einschließlich der Personen, die in den der Zuständigkeit der Flämischen Gemeinschaft unterstehenden Gesundheits- und Sozialeinrichtungen wohnen oder arbeiten¹⁴, ändert auch nichts an dieser Feststellung. Anders als was in den allgemeinen Erläuterungen zum Abänderungszusammenarbeitsabkommen erklärt wird, handelt es sich nicht um ein asymmetrisches Zusammenarbeitsabkommen, sondern wohl um eine spezifische Bestimmung, die zwar nur für eine der Parteien relevant ist, aber für die das Abänderungszusammenarbeitsabkommen selber eine Verknüpfung über die eHealth-Plattform vorsieht, für die die Föderalbehörde zuständig ist¹⁵.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

Artikel 4

5. Im französischen und im deutschen Text von Artikel 4 des Abänderungszusammenarbeitsabkommens sind die Zeichen „§ 1“ auszulassen.

6. Es wäre besser, Artikel 4 wie folgt abzufassen:

„In Artikel 3 § 2 desselben Zusammenarbeitsabkommens wird das Wort ‚Vaccinnet‘ durch das Wort ‚Vaccinnet+‘ ersetzt“.

¹⁰ Fußnote Nr. 10 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 4 § 2 Nrn. 2, 3 und 8 des Zusammenarbeitsabkommens.

¹¹ Fußnote Nr. 11 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 4 § 2 Nr. 10 des Zusammenarbeitsabkommens.

¹² Fußnote Nr. 12 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 3 § 2 Nrn. 1 und 2 des Zusammenarbeitsabkommens.

¹³ Fußnote Nr. 13 aus dem zitierten Gutachten: Siehe Artikel 7 § 1 Absatz 1 Nr. 7 des Zusammenarbeitsabkommens.

¹⁴ Siehe den entworfenen Artikel 4 § 2 Nr. 6 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021.

¹⁵ Siehe den entworfenen Artikel 4 § 2/1 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021.

7. Im Kommentar zu Artikel 4 des Abänderungszusammenarbeitsabkommens ist auf „Artikel 3 § 2“ des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021, statt auf „§ 2“ dieses Zusammenarbeitsabkommens hinzuweisen.

Artikel 5

8. Im niederländischen und französischen Text ist die Formulierung des einleitenden Satzes von Artikel 5 Paragraph 1 des Abänderungszusammenarbeitsabkommens zu revidieren, da in Artikel 4 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 nur eine Abänderung vorgenommen wird.

9. In ihrem Gutachten Nr. 75/2023 vom 30. März 2023 hat die Datenschutzbehörde über Artikel 5 § 2 des Abänderungszusammenarbeitsabkommens Folgendes bemerkt:

„21. Artikel 4 van het SWA van 12 maart 2021 wordt, ingevolge artikel 5, § 3 van het ontwerp van SWA, aangevuld met een nieuwe § 2/1 die luidt als volgt:

‘Voor zover het voor de naleving van de doeleinden vermeld in § 2, 6°¹⁶ (zijnde het bepalen van de anonieme vaccinatiegraad tegen COVID-19 van de bevolking alsook het bepalen door de Vlaamse Gemeenschap van de anonieme vaccinatiegraad van segmenten van de bevolking betreffende vaccinatie tegen COVID-19, waaronder¹⁷ van personen die verblijven of werken in gezondheids- en welzijnsvoorzieningen die onder haar bevoegdheid vallen) noodzakelijk is, kunnen de gegevens bedoeld in artikel 3, §2 (zijnde de persoonsgegevens die in Vaccinnet+ worden geregistreerd) worden gekoppeld aan gegevens die toelaten om de segmentering uit te voeren en die beschikbaar zijn in andere gegevensbanken. Deze koppeling geschiedt door het eHealth-platform in uitvoering van artikel 5, 8° van de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform. Het eHealth-platform waakt erover dat de informatie over de vaccinatiegraad die wordt verstrekt na de koppeling anoniem is.’ (onderlijning door de Autoriteit)

22. De Autoriteit stelt vast dat met deze nieuwe §2/1 de mogelijkheid wordt ingevoerd van (ongebreidelde) koppeling van de persoonsgegevens uit Vaccinnet+ met niet nader beschreven gegevens (*‘die toelaten de (niet nader beschreven) segmentering uit te voeren’*) uit een niet gelimiteerd aantal niet nader gepreciseerde databanken. Dergelijke (allesomvattende) formulering strookt niet met het principe van minimale gegevensverwerking zoals beschreven in artikel 5.1.c) AVG. Het gaat uiteraard ook niet op na te laten het beoogde doeleinde (zijnde het bepalen van de vaccinatiegraad van segmenten van de bevolking) duidelijk te bepalen en af te bakenen (zoals overigens vereist ingevolge

¹⁶ Fußnote Nr. 17 aus dem zitierten Gutachten: Dit, ingevolge het ontwerp van SWA, uit te breiden punt 6° zal luiden als volgt: “6° het bepalen van de anonieme vaccinatiegraad tegen COVID-19 van de bevolking alsook het bepalen door de Vlaamse Gemeenschap van de anonieme vaccinatiegraad van segmenten van de bevolking betreffende vaccinatie tegen COVID-19, waaronder van personen die verblijven of werken in gezondheids- en welzijnsvoorzieningen die onder haar bevoegdheid vallen”.

¹⁷ Fußnote Nr. 18 aus dem zitierten Gutachten: Na bevraging van de aanvrager omtrent gebeurlijke andere segmenten van de bevolking (dan de personen die verblijven of werken in gezondheids- en welzijnsvoorzieningen die onder de bevoegdheid van de Vlaamse Gemeenschap vallen) preciseert deze het volgende: “De Vlaamse Gemeenschap wenst tevens in de mogelijkheid te zijn om de berekening van de anonieme vaccinatiegraad te kunnen uitvoeren bijvoorbeeld op het niveau van de Vlaamse provincies, per leeftijdscategorieën (leeftijdscategorieën per 5 jaar), etc.”

artikel 5.1.b) AVG) om vervolgens voormelde (ongebreidelde) koppeling te verantwoorden.

23. De Autoriteit begrijpt dat het misschien niet mogelijk is om op voorhand alle mogelijke segmenten in detail te definiëren. Enige afbakening dringt zich evenwel op, waarbij minstens wordt gepreciseerd dat deze segmenten zo groot mogelijk moeten zijn - teneinde elke mogelijke stigmatisering van een welbepaalde bevolkingsgroep te vermijden - en dat er een duidelijk aantoonbare reden van volksgezondheid voorhanden moet zijn om van een segment van de bevolking de specifieke vaccinatiegraad te berekenen. De Autoriteit dringt er eveneens op aan in het ontwerp van SWA ook de daartoe aan te wenden gegevenscategorieën en te bevragen databanken nader te definiëren en af te bakenen. Bij gebreke daaraan lijkt het ontwerp van SWA op dit vlak een ‘blanco cheque’ te bieden welke uiteraard afbreuk doet aan het transparant en voorzienbaar karakter dat elke door regelgeving omkaderde en voorgeschreven verwerking van persoonsgegevens moet vertonen.¹⁸

24. In navolging van artikel 5.1.b) en c) van de AVG komt een bijkomende afbakening van zowel het beoogde doeleinde, als de daartoe te verwerken (categorieën van) persoonsgegevens dus gepast voor“.

Es ist jedoch festzustellen, dass die Regelung in dieser Hinsicht nicht ergänzt worden ist.

In demselben Sinne hatte die Gesetzgebungsabteilung ihrerseits in ihrem Gutachten Nr. 73.043/VR Folgendes bemerkt:

„Het is raadzaam om in het ontworpen artikel 4, § 2/1, van het samenwerkingsakkoord van 12 maart 2021 (artikel 5, § 3, van het wijzigende samenwerkingsakkoord) te preciseren tot welke ‘andere gegevensbanken’ toegang wordt verleend met het oog op het doeleinde vermeld in het ontworpen artikel 4, § 2, 6°, van het samenwerkingsakkoord. De loutere vermelding dat die toegang wordt verleend via het eHealthplatform geeft immers op zich de herkomst en de draagwijdte van de beoogde gegevensstromen onvoldoende weer“.

Somit ist die Bestimmung im Lichte dieser Bemerkungen zu revidieren.

Schlussbemerkung

10. In seinem Entscheid Nr. 84/2023 vom 1 Juni 2023 hat der Verfassungsgerichtshof das Gesetz vom 2 April 2021, das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 2. April 2021, das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. März 2021, die Ordonnanz der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission vom 2. April 2021, das Dekret der Wallonischen Region vom 1. April 2021 und das Dekret der Französischen Gemeinschaftskommission vom 1. April 2021 zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19 für nichtig erklärt, insofern damit

¹⁸ Fußnote Nr. 19 aus dem zitierten Gutachten: Zie ook randnrs. 25 en 26 van advies nr. 139/2022 van 1 juli 2022 betreffende een eerder ontwerp van wijziging van het SWA van 12 maart 2021.

Artikel 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 gebilligt wird, in dem Maße, in dem dieser Artikel die Übermittlung der in Artikel 3 § 2 des vorerwähnten Zusammenarbeitsabkommens erwähnten und in der Datenbank „Vaccinnet“ gespeicherten Daten betrifft.

In demselben Sinne wie in seinem Entscheid Nr. 110/2022 vom 22. September 2022 hat der Verfassungsgerichtshof geurteilt, dass indem er die Kammer „Soziale Sicherheit und Gesundheit“ des Informationssicherheitsausschusses, deren Rechtsstellung nicht durch das Gesetz präzisiert ist und deren Beurteilungsbefugnis auch nicht durch das Gesetz eingegrenzt ist, ermächtigt, Beschlüsse auf dem Gebiet der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu treffen, die für Dritte bindend sind, ohne dass solche Beschlüsse einer parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden können, Artikel 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 den betroffenen Personen die Garantie einer solchen Kontrolle entzieht, ohne dass dies durch ein Erfordernis gerechtfertigt ist, das sich aus dem Recht der Europäischen Union ergibt.

Im Abänderungszusammenarbeitsabkommen wird jedoch keine Abänderung vorgesehen, was die Übermittlung der in Artikel 3 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 12. März 2021 erwähnten Daten betrifft.

Diesbezüglich kann auf den der Abgeordnetenkommer vorgelegten Gesetzentwurf „betreffende maatregelen van bestuurlijke politie inzake reisbeperkingen en het Passagier Lokalisatie Formulier en houdende wijzigingen van diverse wetsbepalingen betreffende het Informatieveiligheidscomité“¹⁹, sowie auf die in der Plenarsitzung eingereichten²⁰ und dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegten (Geschäftsverzeichnisnummer 73.879/3) Abänderungsanträge zu diesem Gesetzentwurf hingewiesen werden.

Es ist ratsam, das Abänderungszusammenarbeitsabkommen anzupassen, um ähnliche Garantien bezüglich der politischen und rechtlichen Kontrolle über den Informationssicherheitsausschuss und der Kontrolle der Datenschutzbehörde über die Beratungen des Informationssicherheitsausschusses vorzusehen.

UNTERSUCHUNG DES VORENTWURFS EINES ZUSTIMMUNGSTEXTES

11. Im Titel und im einzigen Artikel des Vorentwurfs ist das Datum, an dem das Abänderungszusammenarbeitsabkommen geschlossen wurde, zu erwähnen.

12. Im Titel des Vorentwurfs sind die Wörter „über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Impfungen gegen COVID-19 von Fachkräften der Gesundheitspflegeberufe und zur Änderung der Bestimmungen“ durch die Wörter „zur Abänderung“ zu ersetzen.

¹⁹ *Parl. Dok.* Kammer 2022-23, Nr. 55-3264/008. Siehe auch die Gutachten des Staatsrates 71.972/VR, 72.464/3 und 73.094/3 vom 10. Oktober 2022, 8. Dezember 2022 bzw. 10. März 2023 über aufeinanderfolgende Fassungen des zu diesem Gesetzesentwurf gewordenen Vorentwurfs (*Parl. Dok.* Kammer 2022-23, Nr. 55-3264/001, S. 72-96).

²⁰ *Parl. Dok.* Kammer 2022-23, Nr. 55-3264/009.

13. Über den Vorentwurf ist noch das Gutachten des Beirats für Gesundheit gemäß Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 27. Februar 2023 ‚zur Schaffung eines Beirats für Gesundheit‘²¹ einzuholen.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Annemie GOOSSENS

Jeroen VAN NIEUWENHOVE

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Rita VAN DEN EECKHOUT, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

²¹ Der Text des bereits angenommenen und bestätigten Dekrets (https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/gesundheit/2023-02-27-Beirat_fuer_Gesundheit.pdf) ist zu dem Zeitpunkt, an dem das vorliegende Gutachten abgegeben wird, noch nicht im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht worden, obwohl es am 1. April 2023 in Kraft getreten ist und die effektiven Mitglieder des Beirats am 6. Juli 2023 bestellt worden sind (https://ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-255/620_read-70122).